



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen Tagen steht das Thema Flüchtlinge wieder ganz oben auf der Tagesordnung. Der Bund hat zugesagt, die Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen auf eine Milliarde zu verdoppeln.

Aber auch das Thema Privatinitiativen zur Unterstützung der Integration von Flüchtlingen hat in den Medien wieder an Fahrt gewonnen. Besonders hat mich dabei die überaus positive Resonanz nach meinem Auftritt in der

NDR-Sendung „Panorama“ gefreut. Nachdem es nach meinem Vorschlag im August letzten Jahres noch eine Mehrzahl von negativen Reaktionen bis hin zu Todesdrohungen gegen mich und sogar gegen meine Familie gegeben hatte, waren die Zuschriften nach der „Panorama“-Sendung letzte Woche zu über neunzig Prozent positiv. Diese Entwicklung macht deutlich, dass immer mehr Menschen in unserem Land bereit sind, diesen Integrationsprozess zu begleiten. Wir erleben ein vielfältiges Enga-

gement, wobei jeder das tut, was er kann. Es haben sich auch wieder Menschen an mich gewandt, die in ihrer Wohnung bzw. in ihrem Haus mehr als genug Platz haben. Diesen Raum möchten sie nun Flüchtlingen zur Verfügung stellen. Alle diese Initiativen werde ich nach meinen Kräften unterstützen.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen
Ihr

Hackerangriff auf den Bundestag

Seit einiger Zeit erhalte ich täglich eine Mail von DHL, die mir mitteilt, dass mein Paket heute ausgeliefert wird. Das ist ein wunderbarer Service. Nur habe ich gar nichts bestellt. Auch die Deutsche Telekom schickt mir neuerdings täglich eine Rechnung. Und jeden Tag ist sie höher. Auch diese Mail ist nicht echt.

Es sind Spam-Mails, die sich in letzter Zeit häufen. Ob sie mit dem Hackerangriff auf den Bundestag zu tun haben, ist unklar. Sicher ist aber, dass irgendwelche Hacker erfolgreich ins System einge-

drungen sind und sich Administratorenrechte gesichert haben. Offenbar kamen die Trojaner über einen Link einer E-Mail. Welche Daten bislang abgeflossen sind, ist noch nicht bekannt.

Ich frage mich auch, welcher Nutzen eine solche Attacke haben soll. Bei so viel Transparenz, wie sie der Deutsche Bundestag praktiziert, werden die Hacker nichts Neues erfahren. Möglicherweise wollen sie aber auch nur zerstörerisch wirken.

Hackerangriffe sind allerdings nichts Ungewöhnliches. Anfang Januar waren

die Internetseiten des Bundeskanzleramtes und des Bundestags stundelänglich lahm gelegt. Zu der Attacke bekannte sich die pro-russische Hacker-Gruppe „CyberBerkut“ aus der Ukraine.

Laut dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gibt es täglich bis zu 20 Angriffe auf das Regierungsnetz. Wenigstens einmal handelt es sich dabei um die Attacke eines Geheimdienstes.

Eritrea treibt seine Menschen aus dem Lande

In der aktuellen Stunde im Bundestag wurden die abscheulichen Menschenrechtsverletzungen in Eritrea, mit massiven Gewaltübergriffen, willkürlichen Hinrichtungen, systematischer Folter, Vergewaltigungen, willkürlicher Inhaftierung, unbefristetem Militärdienst, Menschenhandel und weiteren Einschränkungen der Bürgerrechte debattiert. Der zugrundeliegende Bericht basiert auf 550 Interviews mit außerhalb Eritreas lebenden betroffenen Eritreern und 160 schriftlichen Berichten von Zeugen, da unabhängige Beobachter nicht ins Land gelassen wurden.

Wenn ich am Abend mit den beiden jungen Eritreern, mit denen ich unterdessen befreundet bin, am Küchentisch sitze, dann beschreiben sie all das und fragen verzweifelt nach ihrer Schwester und ihren alten Eltern, die irgendwo durch Nordafrika irren. Dann sprechen sie über ihr Elend, über ihre Heimat und über ihren dringenden Wunsch, in diese Heimat einmal wieder zurückzukönnen. Das will ich Ihnen so mitteilen, weil das ein Indiz dafür ist, dass es junge Menschen sind, die immer noch Hoffnung auf eine Zukunft ihres Landes haben.

Ein Sechstel des kleinen Volkes ist bereits geflüchtet. Etwa 360.000 Eritreer haben nach UN-Angaben als Flüchtlinge in Europa Zuflucht genommen, ca. 26.700 in Deutschland, davon 575 in Brandenburg. Sie haben tödli-

che Fluchtwege - auch übers Mittelmeer - in Kauf genommen, um der Schreckensherrschaft zu entfliehen. Die Flüchtlingsströme halten an.



© Deutscher Bundestag / Achim Meide

Archivbild

Oft überfällt uns eine Ohnmacht, ob der ganzen Not in der Welt. Man wird sprachlos, empfindet große Hilflosigkeit und fragt sich: Was sollen wir nur tun? Wie können wir den Menschen dort helfen?

Wir müssen unmissverständlich klar und deutlich machen, dass wir als Deutsche das, was dort geschieht, und mit allen Möglichkeiten, auf allen Ebenen energisch dieses tiefe menschliche Unrecht ablehnen. Andererseits müssen wir die Despoten und Diktatoren immer neu mit den Möglichkeiten, die wir zur Verfügung haben, locken, drücken und zwingen, damit sie in ihrem Land eine andere Entwicklung ermöglichen.

Der Karthum-Prozess, zum Beispiel, mit den Staaten am Horn von Afrika, den Transitländern

und Europa, der von Deutschland initiiert wurde und mit drei Millionen Euro vom Auswärtigen Amt finanziert wird, will den Menschenhandel (eine der Fluchtursachen) bekämpfen.

Vor acht Jahren haben wir die wirtschaftliche Entwicklungshilfe für Eritrea eingestellt. Es war als deutliches Zeichen richtig. Wir dürfen aber den Dialog nicht abbrechen lassen, den kleinsten gemeinsamen Nenner als Ansatz für einen Dialog suchen.

Der Bundesminister Gerd Müller wird Mitte Juli zu einer Dreiländerreise in die Region aufbrechen und Äthiopien, Eritrea und Kenia besuchen.

Ich bin unserer Regierung sehr dankbar, dass sie diesen schweren Balanceakt zwischen eindeutiger Verurteilung dieser Menschenrechtsverletzungen und nicht aufhörender Dialogbereitschaft immer wieder praktiziert. Nötig ist eine systematische, intensive und nachhaltige Entwicklungshilfe in Beispielstaaten, damit alle erkennen, dass demokratisches Denken und Fühlen und Bildung die Voraussetzungen sind für wirtschaftliche Entwicklungen, damit sich die Verhältnisse in ihren Ländern überhaupt ändern können.

Besuch im SOS-Kinderdorf in Berlin Moabit



Im Gespräch mit Mitarbeiterinnen des SOS Kinderdorfs Berlin Moabit.

Am Montag hatte ich einen Termin im SOS-Kinderdorf in Berlin-Moabit. In diesem Gespräch ging es um die Vorstellung des Kinderdorfs und um das Thema Mehrkindfamilien. Im Jahr 2005 wurde das erste SOS-Kinderdorf in einer deutschen Großstadt - und zwar in Berlin-Moabit - ge-

gründet. SOS-Kinderdörfer basieren auf der Grundidee, dass jedes Kind eine Familie, eine Mutter, ein Zuhause braucht. Zum SOS-Kinderdorf gehört neben den klassischen Kinderdorffamilien immer eine Vielzahl von Angeboten: Erziehungs- und Familienberatung, Familienbildung,

Familientreff, Kindertagesstätte, Mehrgenerationenhaus sowie schulbezogene Angebote. Wichtigstes Ziel ist es, die Situation sozial benachteiligter junger Menschen und Familien zu verbessern.

Leidenschaftliche Debatte zur Zukunft von Ehe

Mit einer von den Linken beantragten Aktuellen Stunde leitete diese die parlamentarische Diskussion zur Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern ein.

Die Debatte wurde, insbesondere von Linken und SPD-Abgeordneten mit großer Leidenschaft pro gleichgeschlechtlicher Ehe geführt. Leider gab es gegen die bei der CDU vermuteten Gegnerschaft viele unsachliche und auch mich beleidigende Argumente: Homophobie, Zeichen der Zeit verkennen, ungerechtfertigte Verweigerung, den Wählerwillen missachten... und, und, und.

Abgesehen von der klaren Definition der Ehe in unserem Grundgesetz bekenne ich, dass für mich die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau, die zumeist eine natürliche Fa-

milienbildung intendiert, begrifflich einer Lebensgemeinschaft von gleichgeschlechtlichen Menschen, nicht vergleichbar ist.

Ich bin froh und dankbar für alle Bindungen, mit denen Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen wollen und ich denke, diese sollte der Staat auch unterstützen. Sie aber deshalb, auch begrifflich, einer Ehe gleichzustellen, widerspricht der Jahrtausende andauernden und, wie ich meine, natürlich angelegten polaren Ordnung von Natur und Kosmos und stellt die hilfreichste Sozialisationsmöglichkeit für Kinder dar. Aus eigenem Fleisch und Liebe geworden und einander verbunden, mit den Rollenangeboten, sich als Mann oder Frau zu entfalten und wiederum Kindern das Leben zu schenken, bilden Ehe und natürliche Familien die Grundlage für

das Fortbestehen unserer Menschheit.

Alle künstlichen Bemühungen der Menschen, diese Lebensform zu kopieren, persönliche Verluste auszugleichen, künstlich Leben zu erzeugen, werden Ehe nicht ersetzen bzw. dieser völlig gleichen können. Deshalb sollten wir einerseits die Begrifflichkeit auch auseinander halten (nicht Äpfel mit Birnen gleichsetzen), andererseits aber eingetragenen Lebensgemeinschaften gleiche Rechte und Pflichten zuordnen, die für eine Ehe gelten. Auch deshalb halte ich das steuerliche Ehegattensplitting für überholt und würde es in vernetzten Leistungen für Kinder aufgehen lassen.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Wirtschaftliche Folgen in der Ukraine

Am 9. Juni besuchte ich als Praktikantin des Bundestagsabgeordneten Martin Patzelt eine Veranstaltung der Gesellschaft zum Studium Strukturpolitischer Fragen zum Thema: „Krieg in der Ukraine - Wirtschaftliche Folgen für das Land“. Das Thema Ukraine und der Krieg in der Ost-Ukraine sind nach wie vor sehr aktuell. Wegen des Krieges im Donbass gibt es extreme negative wirtschaftliche Folgen für das ganze Land, die sich sowohl auf die Banken als auch für die Landwirtschaft ausgedehnt haben. Dies darf nicht vergessen werden. Bedingt durch die instabile wirtschaftliche

und gesellschaftliche „Oligarchen“ sich an Gesetze halten. Nur nach diesen Reformen kann man über Visaliberalisierung und andere Ziele der Ukraine sprechen.

Die Ukraine erlebt jetzt eine schwierige Zeit, aber die Ukrainer glauben an eine gute Zukunft. Dieses Land hat großes Potenzial für eine gute europäische Zukunft. Die ukrainische Bevölkerung wartet auf die Veränderungen in allen Bereiche des Landes.

Zu den vordringlichen Aufgaben zählt die Bekämpfung der Korruption, damit sich das Geschäftsklima verbessert und auch wieder ausländische Investoren angelockt werden. Leider gibt es in der Ukraine eine große Diskrepanz zwischen Gesetz und Wirklichkeit. Die Regierung muss dafür sorgen, dass auch die

Die Ukraine erlebt jetzt eine schwierige Zeit, aber die Ukrainer glauben an eine gute Zukunft. Dieses Land hat großes Potenzial für eine gute europäische Zukunft. Die ukrainische Bevölkerung wartet auf die Veränderungen in allen Bereiche des Landes.

Luliia Boiarchukova

Die Junge Union aus Frankfurt (Oder) besuchte mich im Bundestag

